

## Special relationship

Mehr als ein Antrittsbesuch: Angela Merkel besucht Joe Biden  
Von Sigmar Gabriel



Haben sie sich gerade ihre besten Donald-Anekdoten erzählt? Joe Biden und Angela Merkel

Fast so lange wie eine gute Schwangerschaft dauerte es, bis der vor gut neun Monaten gewählte neue US-Präsident Joe Biden endlich die deutsche Kanzlerin Angela Merkel im Weißen Haus zum formellen Antrittsbesuch empfängt. Beide haben sich natürlich auch schon auf den verschiedenen Gipfeln im Rahmen der Europareise Bidens gesehen und ganz sicher auch längst häufig miteinander telefoniert. Und doch ist es ungewöhnlich, dass dieses Treffen nach den großen Verunsicherungen der Trump-Zeit und den großen globalen Herausforderungen erst jetzt stattfindet.

Offiziell war es die angespannte Lage in der Pandemie-Bekämpfung, die politische Besuche in Washington nicht ermöglichte. Das allerdings hinderte Biden nicht daran, in dieser Zeit und noch vor seiner Reise nach Europa zwei wichtige Partner im Weißen Haus zu empfangen: im März den japanischen Ministerpräsidenten Yoshihide Suga und Südkoreas Präsident Moon Jae In. Das ist mehr als eine zufällige Randno-



**SIGMAR GABRIEL**  
war Bundesaußenminister, von 2013 bis 2018 Vizekanzler und stand acht Jahre lang an der Spitze der SPD. Seit 2019 ist Gabriel Vorsitzender der Atlantik-Brücke.

PICTURE ALLIANCE / EVENTPRESS

tiz, denn in den außenpolitischen Prioritäten dominiert für den US-Präsidenten der Konflikt mit China – und damit auch die Zusammenarbeit mit Partnern und Verbündeten im Indo-Pazifik. So sehr auch die erneuerte transatlantische Allianz und die Nato bei dem Besuch Bidens in Europa im Mittelpunkt standen, so dürfte das Interesse am sogenannten „Quad-Format“ der USA mit Japan, Australien und Indien – demnächst erweitert durch Südkorea

– doch weit überwiegen. Die Europäer und speziell die Deutschen erscheinen nicht nur geografisch zu weit entfernt vom Austragungsort der amerikanisch-chinesischen Rivalität, sondern auch politisch. Umso mehr wird die deutsche Kanzlerin damit zu tun haben, einen Weg zu eröffnen, bei dem Deutschland stellvertretend für Europa politisch unzweifelhaft zu dem von Biden angestrebten Bündnis der Demokratien steht, zugleich aber Spielräume für die Zusammenarbeit existent bleiben, wo sie aus Sicht der Europäer sinnvoll erscheinen und den generellen gemeinsamen Zielen des „Westens“ nicht widersprechen. Kein einfaches Unterfangen und trotzdem ebenso richtig wie notwendig. Dagegen erscheint die Beratung und Lösung spezieller deutsch-amerikanischer Konfliktthemen wie die geplante Erdgaspipeline Nord Stream 2 mit Russland oder die weiterhin existierenden US-Handelsanktionen gegen

graphischen Proportionalität. Aus den meisten Wahlkreisen zogen Vertreter beider Volksparteien in den Bundestag ein: die Wahlkreisgewinnerin direkt, die Wahlkreisverliererin über die Landesliste ihrer Partei. Heute zieht in vielen Wahlkreisen jedoch nur noch der Wahlkreisgewinner in den Bundestag ein. Zugleich ziehen aus anderen Wahlkreisen drei, vier und im Extremfall sogar fünf unterlegene Direkt-

graphischen Proportionalität. Aus den meisten Wahlkreisen zogen Vertreter beider Volksparteien in den Bundestag ein: die Wahlkreisgewinnerin direkt, die Wahlkreisverliererin über die Landesliste ihrer Partei. Heute zieht in vielen Wahlkreisen jedoch nur noch der Wahlkreisgewinner in den Bundestag ein. Zugleich ziehen aus anderen Wahlkreisen drei, vier und im Extremfall sogar fünf unterlegene Direkt-

## Sag mir, woher du kommst

Aus Bundestag wird Wahlkreisstag: Der Stadt-Land-Konflikt zieht ins Hohe Haus ein | Von Lukas Haffert

Die zunehmende Zersplitterung des deutschen Parteiensystems hat eine strukturelle Schwäche des deutschen Wahlrechts offengelegt: Wenn die größte Partei fast alle Direktmandate gewinnt, ohne auch nur in die Nähe einer Zweitstimmenmehrheit zu kommen, entstehen immer mehr Überhang- und Ausgleichsmandate. Die so entstehende Aufblähung des Bundestags beschäftigt die deutsche Politik seit Jahren.

Wenn das personalisierte Verhältniswahlrecht auf ein zersplittertes Parteiensystem trifft, hat das aber einen weiteren Effekt, der bislang nur wenig Beachtung findet, obwohl er sogar bei einer befriedigenden Lösung der Überhangmandate bestehen bliebe: Es kommt zu einer Überrepräsentation städtischer Wahlkreise, weil ein immer größerer Teil der Listenabgeordneten aus diesen Wahlkreisen kommt.

Die Frage, in welchen Wahlkreisen die Listenabgeordneten antreten, spielte in der Diskussion über das deutsche Wahlsystem lange keine große Rolle, weil Geographie

kein besonders relevanter politischer Faktor war. Das ändert sich gerade. Stadt-Land-Konflikte, die bereits die politische Auseinandersetzung in den USA, Großbritannien, oder Frankreich prägen, gewinnen auch in Deutschland an Bedeutung. Je wichtiger regionale Zugehörigkeit politisch wird, desto wichtiger wird aber auch die Verteilung der Bundestagsabgeordneten über die verschiedenen Regionen Deutschlands.

Eigentlich bemüht sich das Bundestagswahlrecht um ein Höchstmaß an geographischer Proportionalität. Durch die Erststimme ist sichergestellt, dass jeder Bundesbürger von mindestens einer ihm direkt zugeordneten Abgeordneten repräsentiert wird. Zudem sorgen die Landeslisten dafür, dass auch die Bundesländer gleichmäßig repräsentiert sind. Anders als etwa die heute viel diskutierte Repräsentation von Frauen, ist regionale Repräsentation also von Anfang ein elementarer Teil des Bundestagswahlrechts.

In der alten Bundesrepublik führte das Wahlrecht tatsächlich zu einer hohen geo-

graphischen Proportionalität. Aus den meisten Wahlkreisen zogen Vertreter beider Volksparteien in den Bundestag ein: die Wahlkreisgewinnerin direkt, die Wahlkreisverliererin über die Landesliste ihrer Partei. Heute zieht in vielen Wahlkreisen jedoch nur noch der Wahlkreisgewinner in den Bundestag ein. Zugleich ziehen aus anderen Wahlkreisen drei, vier und im Extremfall sogar fünf unterlegene Direkt-



**DR. LUKAS HAFFERT**  
ist Oberassistent am Lehrstuhl für vergleichende politische Ökonomie der Universität Zürich. 2016 erschien sein Buch „Die schwarze Null. Über die Schattenseiten ausgeglichener Haushalte“ in der edition suhrkamp. Seine Forschungen wurden mit der Otto-Hahn-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft und dem Deutschen Studienpreis der Körber-Stiftung ausgezeichnet.

DAVID AUSSERHOFFER

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

## Patriotische Sprachakte

Aneinander vorbeireden: Warum an Begriffsarbeit kein Weg vorbeiführt.  
David Ranan hat das politische Buch der Stunde vorgelegt | Von Inge Kloepfer

Worte sind mächtig. Das weiß jeder. Vielfach sind sie mächtiger als Taten. Um wie viel mächtiger, hängt davon ab, in welchen Kontexten und zu welchen Zwecken sie verwendet werden. In pluralistischen Gesellschaften kann ihre Verwendung ziemlich komplex werden, weil die unterschiedlichen Milieus je nach Sozialisation, Lebensauffassung oder Haltung Wörter ganz unterschiedlich verstehen und vor allem bewerten.

Will man Begriffe gezielt einsetzen, um bestimmte Assoziationen hervorzurufen, was möglich ist, weil man Wörter eben so oder anders verstehen kann, wird es noch komplizierter. Wenn AfD-Politiker von „Heimat“ sprechen, schwingt anderes mit, als wenn Vertreter der Grünen versuchen, diesen Traditionsbegriff wieder in den Bereich ihrer Deutungshoheit zurückzuerobieren. Und trotzdem fragt man sich: Kann man das Wort „Heimat“ heute noch guten Gewissens verwenden? Darüber ließe sich zumindest streiten. Im August geht der Bundestagswahlkampf in seine heiße Phase, da wird man – wieder einmal – sehr genau beobachten können, welche Wörter auf welchen Wegen zu politischen „Kampfbegriffen“ mutieren.

Zeitlich klug hat der Politikwissenschaftler und Antisemitismusforscher David Ranan einen Aufsatzband herausgegeben, der sich genau dieser Problematik widmet, und ihn mit „Sprachgewalt“ überschrieben. Er sucht Antworten auf Fragen ungeheurer Relevanz: Welche Begriffe werden wann von wem wie benutzt? Wo kommen sie eigentlich her? Welche Assoziationen wecken sie bei wem? Und: Wann werden sie bewusst eingesetzt, um bei ihren Rezipienten ganz bestimmte Reaktionen zu provozieren?

Für sein Vorhaben hat Ranan eine illustre Reihe 28 namhafter Autoren gewinnen können, Philosophen, Politologen, Soziologen, Erziehungswissenschaftler und Historiker, die sich jeweils mit einem Begriff auseinandersetzen und dessen Bedeutungsgeschichte nachvollziehen. Unter den fast 30 Begriffen befinden sich – natürlich – viele, die vor allem eines eint, das Suffix „ismus.“ Populismus, Patriotismus,

Antisemitismus, Rassismus, Kolonialismus oder auch Kosmopolitismus, um nur einige von ihnen zu nennen. Doch auch andere Wörter werden in diesem Essay-Band nicht nur etymologisch aufgearbeitet: Märtyrer, Gender, Intellektuelle, Freiheit oder auch Elite.

Wie Ranan schreibt, hätten einige von diesen Begriffen durchaus „ein ideologiefreies Leben führen können, wären sie nicht von einem ganz bestimmten Deutungsrahmen belastet worden.“ Dazu zählen Begrifflichkeiten wie Elite, Heimat oder Volk – die je nach Kontext, Verwender oder Adressat ihre Farbe wechseln. Doch gibt es nach Ranan auch andere Kategorien; Wörter etwa, die (noch?) weitgehend unstrittig positiv schwingen wie Freiheit, Demokratie oder Wahrheit, aber auch solche, die nur von ihren glühenden Anhängern positiv bewertet, von ihren Gegnern indes negativ konnotiert und mitunter auch appellativisch abwertend eingesetzt werden – Kommunismus etwa oder Sozialismus. Sogar der Begriff des Zionismus fiel in diese Kategorie.

Ein Beispiel: An dem Begriff Elite lässt sich – noch halbwegs unverfänglich in den bedrohlichen Untiefen politisch korrekten Sprachgebrauchs – nachvollziehen, wie schillernd Wörter werden können. Ist Elite gut oder schlecht? Bedeutet sie die Ausgrenzung anderer zur Verfolgung individueller oder spezifisch kollektiver Vor-

teile? Oder wäre der Begriff im allgemeinen Sprachgebrauch nicht vielmehr so positiv zu verstehen, wie man ihn deutete, wenn er auf das Erfinderpärchen des ersten Impfstoffs gegen Covid-19 bezogen würde? Ugur Sahin und Özlem Türeci gehören zweifelsohne zur Wissenschaftselite, ohne die nicht nur wissenschaftlicher, sondern auch gesellschaftlicher Fortschritt gar nicht möglich wäre. Häufig aber wird „Elite“ mehr als nur naserümpfend eingesetzt, um Personengruppen als unsozial zu diskreditieren. Woran liegt das? Wahrscheinlich daran, dass Eliten als politisches Feindbild so ungemiein tauglich sind. Meistens sind ja politische oder wirtschaftliche Eliten gemeint, die weniger zugunsten aller, als vielmehr auf den eigenen Vorteil bedacht handeln. Oder die sich zumindest solcher Interessen sehr gut bezichtigen lassen.

Bei diesem Buch könnte man sich den Spaß erlauben, die Lektüre der einzelnen Beiträge mit einer kurzen Selbstprüfung zu beginnen. Entscheidet man sich für einen Begriff, über dessen Deutungszusammenhänge man etwas wissen möchte, so überlege man zunächst, welche Assoziationen er bei einem selbst weckt oder mit welcher Konnotation er im höchst persönlichen Begriffsverständnis verankert ist. Wenn man sich dann der Lektüre widmet, fördere diese in jedem Fall Spannendes zutage.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >



Alle mal herhören: In Londons Hyde Park darf in der berühmten Speaker's Corner jeder seine politischen Kampfbegriffe unters Volk bringen – auf jeden Fall, es versuchen.

PICTURE ALLIANCE / GETTY IMAGES

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

## Special relationship

FORTSETZUNG VON SEITE 1 &gt;

den Import von Stahl und Aluminium aus Deutschland fast ein Spaziergang zu sein.

Denn ganz offensichtlich hat Biden seine Mission gefunden: die Stärkung der liberalen Demokratien gegen die autoritären Versuchen im eigenen Land und in der Welt und damit nichts weniger als die Erneuerung des Westens – als Gegenmodell zu jenen autoritären Entwürfen, die derzeit auf dem Vormarsch sind. Mit Blick auf die Zerrüttung seines eigenen Landes und die vielen, die trotz des gigantisch gewachsenen Wohlstands zurückgelassen wurden, sieht Biden die Gefahr für den demokratischen und kapitalistischen Teil der Welt vor allem im Innern: Wo die Demokratien im eigenen Land ihr Versprechen auf Fairness, Gerechtigkeit und Sicherheit nicht erfüllen können, werden sie im Rest der Welt keine Nachahmer, eher schon Gegner finden.

Kann Europa ein Partner bei dieser Mission sein – und wenn ja, wie? Die Frage ist: Gibt es einen „dritten Weg“ für Europa? Politisch und gesellschaftlich sicher nicht, denn die Verankerung im westlichen Wertesystem ist konstitutionell für Europa. Und praktisch? Technologisch sind wir von den USA und in wachsendem Maße von China abhängig, denn wir sind digitale Habenichtse. Militärisch wird zwar viel von einer europäischen Armee geredet, aber weder finanziell noch verfassungsrechtlich scheint das größte Land Europas, Deutschland, bereit zu sein, mehr zu tun, als Sonntagsreden darüber zu halten. Und unser größtes „Pfand“, der Binnenmarkt, nutzen wir bislang weder

zur Steigerung unseres geökonomischen und geopolitischen Einflusses noch für neue Handelsbeziehungen.

Wenn Europa einen Beitrag zu Bidens Ziel einer Erneuerung des Westens leisten soll, muss es zuerst selbst stärker werden. Und da Europa das vermutlich in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nur sehr langsam tun wird, muss es den Ausbau des europäischen Binnenmarktes weiter vorantreiben, denn dieser größte Binnenmarkt der Welt macht nach wie vor die eigentliche Attraktivität Europas aus.

Insofern hatte die Bundeskanzlerin in ihrer Rede auf dem Tag der Deutschen Industrie den richtigen Ton gesetzt: Die zentrale Aufgabe in Deutschland und Europa besteht in Investitionen in Forschung und Technologie, in Digitalisierung und künstliche Intelligenz. Deutschland und Europa müssen vor allem im Bereich der industriellen Fertigung die Technologieführerschaft wiedererlangen und die Abhängigkeiten von China (und den USA) verringern.

Wirtschaftliche Resilienz durch Technologieführerschaft zu sichern und zu stärken ist etwas anderes, als einer Entkoppelung von China oder gar der De-Globalisierung das Wort zu reden. Deshalb liegt dort der Spielraum für eine Verständigung mit den USA auf dem Feld der Chinapolitik. Größere Resilienz gegenüber technologischen Abhängigkeiten: ja. De-Coupling und Eintritt in einen Kalten Krieg 2.0: nein.

Europa und damit auch Deutschland werden ihre politischen und wirtschaftlichen Handlungsspielräume nur dann

nutzen und erweitern können, wenn der europäische Binnenmarkt wirtschaftlich und technologisch wieder erfolgreicher wird. Andernfalls werden wir schlicht uninteressant und eher zur Beute denn zum geachteten und respektierten Partner in der Welt. Im Kern geht es also um Investitionen in den Ausbau der digitalen Infrastruktur, in einen gemeinsamen Datenmarkt und um technologische Innovationsfähigkeit in der Digitalisierung und Entwicklung künstlicher Intelligenz.

Joe Biden versucht, sein Land gerade mit einem gewaltigen Investitionsprogramm in diesen Bereichen zu modernisieren, und will damit zugleich den Klimaschutz stärken und den abgehängten Regionen Amerikas neue Perspektiven geben. Biden weiß: Nur wenn die Demokratie im eigenen Land unter Beweis stellt, dass sie Chancen und Lebensperspektiven für alle schafft, wird sie auch global eine ernst zu nehmende und attraktive Alternative zu den autoritären Angeboten bleiben.

Deshalb ist Bidens Politik auch interessant für Europa, denn auch dort gibt es Regionen und ganze Staaten, die von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung weitgehend abgekoppelt sind und bei denen die Gefahr besteht, dass sie schwächer aus der Krise der Pandemie herauskommen, als sie hineingegangen sind. Wenn wir diese Regionen Europas nicht den Populisten überlassen wollen, werden wir mehr Biden wagen müssen. Es ist zu hoffen, dass sich die Kanzlerin auch darüber im Weißen Haus informieren lässt – und es ihren Nachfolgern mit auf den Weg gibt.

## Patriotische Sprachakte

FORTSETZUNG VON SEITE 1 &gt;

Wieder ein Beispiel: Zu dem Begriff Patriotismus hat die Historikerin Marion Detjen einen interessanten Text geschrieben. Zunächst scheint alles noch ganz einfach. Patriotismus sei der nützliche, wohlgeratene Bruder des bösen Buben Nationalismus. Nicht die gesteigerte, sondern die gemäßigte Vaterlandsliebe. Aber schon da wird es kritisch: Vaterlandsliebe – inzwischen auch ein Kampfbegriff, der sehr wohl negativ verstanden werden kann. „Ich selbst habe einmal versucht, den Patriotismus durch Abgrenzung vom Nationalismus zu retten“, schreibt die Autorin. Immerhin überlasse es der Patriotismus einem selbst, was man an seiner Heimat – womöglich auch schon ein Kampfbegriff –, der man sich zugehörig fühle, besonders liebe. Und wenn es nur der Fußball ist. Trotzdem: Wer würde sich hierzulande schon als Patriot bezeichnen, nur weil er im Fußballstadion Deutschlandfahnen schwenkt? In England sieht das ganz anders aus.

Wenn Rechtspopulisten von Patriotismus sprechen, ist man schnell unangenehm berührt, weil sie darin den Bezug zu einer ethnisch-kulturellen Schicksalsgemeinschaft enthalten sehen. Andersherum: Bezeichnet sich einer als Patriot, läuft er Gefahr, genau dahingehend missverstanden zu werden. Ganz so einfach verhält es sich mit diesem Begriff also nicht. Es liege an uns, schreibt Detjen in ihrem Aufsatz, zu sagen, worauf sich unser Patriotismus beziehe.

Genau das gilt für die meisten Begriffe, die in diesem Buch diskutiert wer-

den. Darüber könne dann freilich gestritten werden. Vielleicht ist das einer der Leitsätze dieser aufschlussreichen Zusammenstellung: die Aufforderung zum politischen Streiten. Doch lohnt der Streit nur, wenn man sich der Bedeutung einzelner Begriffe in ganz unterschiedlichen Kontexten ihrer Positionierung bewusst ist.

„Diejenigen, die die Bedeutung von Wörtern zu kodifizieren versuchen, kämpfen einen verlorenen Kampf, denn Wörter, wie die Ideen und Dinge, die sie bedeuten sollen, haben eine Geschichte“. Das schrieb die amerikanische Historikerin Joan Wallach Scott schon Mitte der 1980er-Jahre und wird mit diesem Satz in Ranans Buch zitiert. Scott machte diese Aussage seinerzeit an dem Begriff „Gender“ fest. Doch ist ihre Feststellung weit darüber hinaus zutreffend. Sie ist aktueller denn je.

David Ranan (Hg.), *Sprachgewalt – missbrauchte Wörter und andere politische Kampfbegriffe*. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2021



INGE KLOEPPER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

## Sag mir, woher du kommst

FORTSETZUNG VON SEITE 1 &gt;

dürfte aber sein, dass ein bestimmter Typ von Wahlkreis systematisch überrepräsentiert ist: Der Bundestag ist erheblich urbaner, als er bei einer geographisch proportionalen Verteilung der Abgeordneten wäre. Und ein urbaner Bundestag trifft tendenziell urbane Entscheidungen. So stimmen Abgeordnete aus städtischen Wahlkreisen bei Gewissensfragen, etwa zu bioethischen oder gesellschaftspolitischen Fragen, systematisch liberaler ab als Abgeordnete aus ländlichen Wahlkreisen. Vor allem aber bedeutet ein Übergewicht städtischer Abgeordneter auch, dass mehr städtische Abgeordnete in Leitungspositionen aufsteigen und dass die politische Linie der einzelnen Fraktionen von städtischen Abgeordneten geprägt wird.

Das Zusammenspiel von zersplittertem Parteiensystem und personalisiertem Verhältniswahlrecht wirkt sich also nicht nur auf die Größe des Bundestags aus, sondern auch auf seine geographische Zusammensetzung. Vielleicht liegt darin aber sogar eine stille Weisheit dieses Wahlrechts, denn die Überrepräsentation städtischer Wahlkreise kompensiert die linksliberale urbane Wählerschaft gewissermaßen für die Nachteile, die ihr aus der Stimmenzersplitterung bei der Regierungsbildung entstehen: Indem diese Wähler ihre Stimmen zwischen den Grünen, der Linken und der SPD teilen, reduzieren sie die Chancen, dass eine dieser Parteien die größte Fraktion stellt und das Kanzleramt für sich beanspruchen kann. In Fragen der Repräsentation gereicht ihnen diese Zersplitterung aber zum Vorteil.

GEGRÜNDET IM NOVEMBER 1999: Ernst Dieter Lueg (\*), Fernsehjournalist, Prof. Diether Huhn (\*), Richter und Publizist, Detlef Prinz, Verleger, und Bruno Waltert (\*), Chefredakteur der Berliner Morgenpost a. D.

IMPRESSUM *Der Hauptstadtbrief* am Samstag ist eine Publikation von *PrinzMedien* und erscheint wöchentlich online auf [www.derhauptstadtbrief.de](http://www.derhauptstadtbrief.de) | Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Ulrich Dippendorf | Chefredakteur: Lutz Lichtenberger (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) | Layout: Gordon Martin  
Anschrift für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin | Tel. 030/21 50 54 00 | [info@derhauptstadtbrief.de](mailto:info@derhauptstadtbrief.de) | [www.derhauptstadtbrief.de](http://www.derhauptstadtbrief.de) | © Der Hauptstadtbrief 2021

# Frauen und Mädchen stärken

Ihre Spende für weltweite Gleichberechtigung.  
IBAN: DE 93 3705 0198 0000 0440 40

[www.care.de](http://www.care.de)

 **care**® **wirkt. weltweit.**

